

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/185

27. September 1976

Es geht um Freiheit und soziale Gerechtigkeit

Blick aus der europäischen Nachbarschaft auf unseren
Wahlkampf

Von Prof. Dr. Ole Espersen
Verfassungsrechtler an der Universität Kopenhagen,
Mitglied des Folketings und des Vorstandes der Sozial-
istischen Fraktion im Europäischen Parlament

Seite 1 und 2 / 77 Zeilen

Die gesundheitspolitischen Ziele der SPD

Mehr Wirtschaftlichkeit heißt nicht Leistungsabbau

Von Friedel Läßle MdL
Vorsitzender des SPD-Landesverbandes Saar, Mitglied
des Vorstandes der SPD und Vorsitzender der Gesundheits-
politischen Kommission der SPD

Seite 3 bis 6 / 167 Zeilen

Kohle Kampfansage an die Verbraucher

Fall Heereman beweist: Union ohne jegliche gesamt-
wirtschaftliche Verantwortung

Von Lothar Schwartz
Sprecher des Vorstandes der SPD

Seite 7 und 8 / 59 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 400
Pressnhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 05 86 045-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 88 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Es geht um Freiheit und soziale Gerechtigkeit

Blick aus der europäischen Nachbarschaft auf unseren Wahlkampf

Von Prof. Dr. Ole Espersen

Verfassungsrechtler an der Universität Kopenhagen,
Mitglied des Folketings und des Vorstandes der
Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament

Als Dänemark im Jahre 1972 das Für und Wider des gemeinsamen Marktes erörterte und später die Entscheidung durch eine Volksabstimmung traf, gab es eine große Minderheit, die gegen den Beitritt stimmte. Es wurden, übrigens quer durch alle Parteien, gegen diesen Beitritt vielerlei Einwände vorgebracht. Für einige waren wirtschaftliche Erwägungen maßgebend, wobei sie die Auffassung vertraten, daß durch die Gemeinschaft keine wirtschaftlichen Vorteile geboten würden. Andere warfen in die Waagschale, daß unsere Beziehungen zum übrigen Teil des Nordens beeinträchtigt werden könnten.

Das Entscheidende war jedoch für viele die Frage unseres Verhältnisses zur Bundesrepublik. Sie standen einer engen Zusammenarbeit mit Westdeutschland skeptisch gegenüber, allerdings nicht mit dem Westdeutschland, das wir heute kennen, dem Westdeutschland Willy Brandts und Helmut Schmidts. Für das von der SPD gelenkte Deutschland hat in Dänemark und im übrigen Norden stets Vertrauen bestanden. Was für ein Deutschland war es denn, mit dem man sich fürchtete, zusammenzuarbeiten? Was man fürchtete, war ein Deutschland, das vielleicht eines Tages von Franz Josef Strauß regiert werden könnte. Genau das befürchtete man: ein reaktionäres, ein egoistisches, ein Hurra-patriotisches Deutschland, das man in der Person von Strauß personifiziert sah.

Die Mehrzahl sagte jedoch Ja zum gemeinsamen Markt und zu Deutschland in dem Vertrauen, daß die Bundesrepublik weiterhin von der SPD geprägt und regiert werden würde oder daß sie zumindest eine freie und harmonische demokratische Führung haben würde. Werden die Wähler der Bundesrepublik diese Mehrheit in Dänemark und sicher auch in anderen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft enttäuschen? Wird Westdeutschland am 3. Oktober den EG-Gegnern recht geben, und ein von der CDU und von Strauß regiertes Deutschland werden? Wir sollten alle uns zur Verfügung stehenden politischen Kräfte mobilisieren, um dies zu verhindern.

Vor diesem Hintergrund muß man das Befremden der dänischen Sozialdemokraten verstehen, wenn im deutschen Wahlkampf Schlagworte wie "Freiheit oder Sozialismus" auftauchen. Wir sind nicht nur befremdet. Wir sind traurig darüber, daß es so um das Niveau der politischen Auseinandersetzung in einem großen und bedeutenden Nachbarland bestellt ist. Wer der SPD seine Stimme gibt, entscheidet sich danach also gegen die Freiheit.

Das Land, aus dem ich komme, ist etwa 40 Jahre lang von sozialdemokratischen Regierungen gelenkt worden. Das gilt übrigens auch für die übrigen nordischen Länder. Heißt das, daß wir in Dänemark keine Freiheit mehr haben? Ist die Freiheit im Norden abgeschafft worden? Haben wir das auch nur versucht? Hat unser demokratischer Sozialismus zu irgendeinem Zeitpunkt wie der Kommunismus der Ostblockstaaten ausgesehen?

Die Antwort lautet natürlich Nein! Und das wissen Strauß und die CDU/CSU genauso gut wie wir. Es gibt wohl kaum ein Land, in dem mehr Freiheit herrscht als in den nordischen Ländern. Es wäre natürlich denkbar, daß wir den Begriff "Freiheit" anders verstehen als die CDU und Franz Josef Strauß. Für uns - und für die SPD - ist Freiheit mehr als die bürgerlichen Freiheitsrechte wie z.B. das Recht der freien Meinungsäußerung und das Recht auf Versammlungsfreiheit. Diese Rechte sind demokratische Selbstverständlichkeiten. Freiheit bedeutet aber doch auch, daß keine großen sozialen Probleme vorhanden sind, und daß man sich nicht um das tägliche Brot sorgen muß. Freiheit bedeutet die Möglichkeit der freien Berufsausbildung, und das Recht auf Gleichheit bedeutet, daß man mit anderen gleichberechtigt seine Freiheit planen kann. Sie bedeutet, nicht den Mißbrauch und der Ausbeutung durch Spekulanten und Profitjäger ausgesetzt zu sein.

Wir möchten jedermann die Freiheit und die Möglichkeit geben, seine Freiheit in unserer Gesellschaft zu genießen. Die reaktionären Kräfte, die diesen Wahlkampf mit ihren Schlagworten prägen, wollen auch Freiheit, aber für wen? Für den Pharmazeutika-Hersteller, der sich an Krankheiten bereichert, die er zuweilen selbst mit verursacht hat? Für den Bodenspekulanten, der die Wohnkosten des einfachen Mannes in die Höhe treibt und die Produktion in unserer Gesellschaft verteuert? Für ein ungehemmt freies Spiel der Kräfte, das für den Starken und Wohlhabenden stets vorteilhaft ist? Sie wollen Freiheit für diese wenigen. Wir möchten Freiheit für alle. Und wir möchten allen die Möglichkeit geben, die Freiheit sinnvoll zu nutzen.

Wenn wir die Freiheit in den Staaten der Gemeinschaft bewahren wollen, dann müssen wir in all diesen Ländern auf der Hut sein. Nun ist die Bundesrepublik an der Reihe, zu entscheiden, ob sie die "CDU-Freiheit" zur Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung wählen will oder die "SPD-Freiheit", daß nämlich alle in einem Land mit bürgerlichen Freiheiten und sozialer Sicherheit leben. Nur ein Land, in dem Freiheit und soziale Sicherheit herrschen, kann sowohl rechtserrichtete wie kommunistische Diktaturen bekämpfen. Nur in einem solchen Land hat das Volk das Gefühl, daß es sich lohnt, für etwas zu kämpfen.

Ein Wahlsieg der SPD würde die Freiheit in der gesamten Gemeinschaft stärken. Deshalb können wir den Deutschen nur raten: Wählt die Freiheit und die soziale Gerechtigkeit! Verwehrt dem Starken die Freiheit, den Schwachen auszubauen! Stimmt für die SPD und tragt damit zur Stärkung des Friedens und der Freiheit bei!
(~/27.9.1976/va/Ps)

+ + +

Die gesundheitspolitischen Ziele der SPD

Mehr Wirtschaftlichkeit heißt nicht Leistungsabbau

Von Friedel Läßle MdL

Vorsitzender des SPD-Landesverbandes Saar, Mitglied des Vorstandes der SPD und Vorsitzender der Gesundheitspolitischen Kommission der SPD

Neben der Frage der Finanzierung der Renten in den kommenden Jahren ist auch über das Schlagwort von der Kostenexplosion die Frage der Reform der Gesundheitspolitik in den Mittelpunkt der Wahlauseinandersetzung gerückt. Es ist deshalb notwendig, die wichtigsten Positionen der SPD nochmals im Zusammenhang darzustellen.

Die Gesundheitspolitik der SPD ist im wesentlichen abgesteckt durch ihre Verankerung im Godesberger Programm von 1959, durch dessen Weiterentwicklung im "Orientierungsrahmen '85", durch die Beschlüsse des Mannheimer Parteitagess vom November vorigen Jahres, durch das Aktionsprogramm Gesundheit '76 (die Diskussionsgrundlage der Gelsenkirchener Fachkonferenz "Gesundheit" vom Mai d.J.) und schließlich durch das neue Regierungs- und Wahlkampfprogramm der Partei. Im Einklang mit dem Godesberger Programm ist es eine "dauernde Aufgabe", die Strukturen unserer Gesellschaft, also auch unseres Gesundheitssicherungssystems ständig zu verändern, zu verbessern und zu reformieren. Denn nur wer die Strukturen ständig reformiert, kann die Werte erhalten, die sich in ihnen verwirklichen.

Der Mannheimer Parteitag hat zu Recht betont, daß das bestehende Gesundheitswesen den Anforderungen, die heute gestellt werden müssen, noch keineswegs ausreichend entspricht. Durch die Kostenexplosion ist die notwendige Weiterentwicklung unseres Gesundheitssicherungssystems sogar im Kern gefährdet, denn sie ist vor dem Hintergrund ernstzunehmender Warnungen für die Finanzierbarkeit unseres gesamten Systems der sozialen Sicherung zu sehen. Die in der Kostenexplosion deutlich werdende Verteuerung der medizinischen Versorgung geht in der Hauptsache auf unzweckmäßige und unwirtschaftliche Strukturen zurück. Die Gesundheitsversorgung bedarf einer vorausschauenden Gesamtplanung, insbesondere unter dem Aspekt von Vorbeugung und Vorsorge, denn nur so kann die ungleiche Verteilung medizinischer Einrichtungen und Fachkräfte in städtischen und ländlichen Bereichen korrigiert werden. Zwischen dem öffentlichen Gesundheitsdienst und der Arbeits- und Sozialmedizin fehlt es an Koordination und Kooperation. Ebenso fehlt es an Einrichtungen zur Verzahnung der ambulanten und der stationären Versorgung. Insofern ist die vielberufene Kostenexplosion nichts anderes, als der fiskalische Ausdruck allzu lange unkorrigiert gelassener, geschichtlich gewachsener Fehlentwicklungen. Der Mannheimer Parteitag der SPD hat diese Fehlentwicklung erstritten und deshalb bereits Rahmenbedingungen und Zielvorgaben für diese Reformen diskutiert und reformuliert. Zu ihnen gehören Einrichtungen, die Kooperation, Koordination und Kommunikation im

Gesundheitswesen verbessern und zum Teil sogar erst ermöglichen helfen.

Die mit der Dreieinheit von Kooperation, Koordination und Kommunikation angedeutete Struktur charakterisiert das von der SPD angestrebte Gesundheitswesen der Zukunft als ein integriertes System der medizinischen Versorgung. Das heißt: Obwohl die Verantwortung für die Ordnung der medizinischen Versorgung grundsätzlich beim Staat liegt, "sollen die Aufgaben der medizinischen Versorgung nicht von den Staatsorganen selbst kommen, sondern soweit wie möglich im Wege der Selbstverantwortung und der gesellschaftlichen Mitbestimmung durch die betroffenen Gruppen (Vertreter der Versicherten, der im Gesundheitswesen Tätigen und der Gebietskörperschaften) wahrgenommen werden, wie dies dem Prinzip einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft entspricht" (Orientierungsrahmen '85). Unter Bezugnahme auf diese Zielprojektion wird der SPD häufig - und zu Unrecht - der Vorwurf gemacht, sie fordere die Auflösung aller geschichtlich gewachsenen Formen der medizinischen Versorgung. So soll die Freiberuflichkeit der Ärzte nicht etwa abgeschafft werden, wie häufig unterstellt wird, vielmehr ist die freiberufliche Tätigkeit des Arztes funktional in das System der integrierten Versorgung einzugliedern. Auch dies hat der Mannheimer Orientierungsrahmen unmißverständlich festgehalten: "Die Integration der medizinischen Versorgung erfordert weder die institutionelle Einheitlichkeit, noch die Auflösung historisch gewachsener Formen medizinischer Versorgung und freiberuflicher ärztlicher Tätigkeit. Sie können in diese Struktur funktional eingeordnet werden. Die im Gesundheitswesen Tätigen, insbesondere die freiberuflichen Ärzte, wollen wir für eine fortschrittliche Gesundheitspolitik gewinnen". Auf der Grundlage der Mannheimer Beschlüsse hat die von mir geleitete Gesundheitspolitische Kommission der SPD ein Aktionsprogramm "Gesundheit '76" erarbeitet, das Maßnahmen vorsieht, die innerhalb der nächsten vier Jahre verwirklicht werden sollen.

Eckpfeiler dieses Programms sind das Recht auf freie Arztwahl, die Verantwortung des Bürgers für seine Gesundheit und die kategorische Ablehnung einer Kostenbeteiligung der Patienten als Mittel zur Lösung der Probleme der Kostendämpfung im Gesundheitswesen. Hierzu heißt es: "Kostenerstattungs- und Selbstbeteiligungssysteme wirken einseitig zu Lasten sozial ohnehin schon benachteiligter Bürger. Selbstbeteiligung ist mit dem Solidarprinzip der gesetzlichen Krankenversicherung nicht vereinbar, zudem gesundheitspolitisch schädlich und sozial ungerecht." Hier einzelne Punkte des Programms.

1/ Gesundheitsvorsorge und Krankheitsfrüherkennung/ Das System soll unter besserer Ausnutzung der vorhandenen Finanzmittel effektiver gestaltet und nach Maßgabe dieser Mittel ausgebaut werden; dabei sind vorrangig: Früherkennung des Bluthochdrucks und der Diabetes, frühzeitige Aufdeckung von Risikofaktoren und -indikatoren zur Vorsorge gegen chronische Krankheiten, verstärkte Förderung der Jugendzahnpflege, Gesundheitserziehung und Gesundheitsberatung.

2/ Struktur der medizinischen Versorgung/ Zur Verzahnung und systematischen Integration der verschiedenen Bereiche des Gesundheitswesens sollen Medizin-Technische Zentren, zentrale Informationssysteme und medizinische Gemeindezentren eingerichtet werden; in verschiedenen Regionen sollen solche Systeme erprobt werden, wobei für die gemeinsame Arbeit der Ärzte und

der anderen medizinischen und sozialen Fachberufe neue Formen der Zusammenarbeit entwickelt werden müssen.

3/ **Ambulante Versorgung/** Die ambulante medizinische Versorgung soll auch in Zukunft auf der freiberuflichen Tätigkeit der niedergelassenen Ärzte bei freier Arztwahl beruhen, wobei die Einzelpraxen zunehmend zu fachverbindenden Gruppenpraxen zusammenwachsen sollen; hierzu sind notwendig: die Beseitigung der rechtlichen Hindernisse, die Förderung von Gruppenpraxen durch Steuermittel des Bundes im Rahmen der Strukturpolitik, Bereitstellung von Finanzmitteln für Gemeinden zum Bau von Ärztehäusern, die einheitliche vertragliche Vergütung ärztlicher Leistungen unabhängig von der Kassenart und die ambulatorische Öffnung der Krankenhäuser überall dort, wo die ambulante Versorgung der Bevölkerung nicht sichergestellt werden kann, geeignete Planungs- und Steuerungselemente für die ärztliche Niederlassung, Zulassungssperren in gut versorgten Gebieten bei Unterversorgung in anderen Regionen, Umgestaltung der Gebührenordnung durch Einführung von Leistungskomplexhonoraren.

4/ **Stationäre Versorgung/** Auf dem Krankenhaussektor hält die SPD unter anderem folgendes für notwendig: Koordinierung und Weiterentwicklung der Krankenhausbedarfsplanung der Länder durch den Bund unter gleichberechtigter Beteiligung der Krankenkassen, Abtufung der Pflege- und Behandlungsintensität als Voraussetzung für die Gewährleistung eines leistungsfähigen und zugleich finanzierbaren Krankenhaussystems, enge Verzahnung der Planung auf ambulantem und stationärem Gebiet zur Vermeidung von Überkapazitäten, Pflegeheime, medizinische Gemeindezentren, Hauskrankenpflege als flankierende Einrichtungen, verstärkte Zusammenarbeit der Krankenhäuser untereinander im Verwaltungs-, Versorgungs- und Wirtschaftsbereich, Erarbeitung einheitlicher Kriterien für die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit, Pflegesatzabstufung nach Behandlungseintensität und -dauer; Einführung ambulanter vorstationärer Diagnostik sowie Nach- und Weiterbehandlung; die innere Strukturreform soll durch die Auflösung der Privatstationen, die Abschaffung des Privatliquidationsrechts der Ärzte im Zusammenhang mit einer Vergütungsreform fortgesetzt und das hierarchische System durch kollegiale Leistungssysteme abgelöst und die Mitbestimmung in allen Krankenhäusern eingeführt werden.

5/ **Psychiatrie/** Hierzu fordert das Aktionsprogramm für die nächsten Jahre, daß: inhumane Zustände in psychiatrischen Großkrankenhäusern beseitigt werden; durch Schaffung von psychiatrischen Abteilungen an Allgemeinkrankenhäusern oder durch psychiatrische Dienste eine gemeindenahere Versorgung erreicht wird; die psychiatrischen Krankenhausabteilungen an der ambulanten Versorgung teilnehmen können; der Mangel an Einrichtungen für Kinder und Jugendliche, Alkoholkranke und Drogenabhängige, psychisch kranke, alte Menschen und geistig behinderte Erwachsene beseitigt wird; das bisherige System der Versorgung durch ergänzende Dienste im ambulanten Bereich zu einer therapeutischen Kette entwickelt wird und daß die psychisch Kranken mit den körperlich Kranken gleichgestellt werden.

6/ **Arzneimittel/** Hierzu schlägt das Programm folgendes vor: Beschränkung der Werbung auf reine Sachinformation; Maßnahmen gegen übermäßigen Medikamentenverbrauch; Abbau überhöhter Gewinne im Pharmabereich" therapeu-

tische und preisliche Transparenz des Arzneimittelangebots.

7/ **Kostenentwicklung/** Nach Maßgabe der Forderung, die Aufwendungen im Gesundheitswesen an die Entwicklung des Brutto-Sozialproduktes anzugleichen, hält die Partei folgende Maßnahmen für notwendig: Koppelung der Ausgabenentwicklung an die Einnahmeverbesserungen; Abbau überhöhter Preise und Einkommen im Gesundheitswesen durch Begrenzung des Ausgabenanwachsens der Krankenkassen; umfassende Rationalisierungsmaßnahmen; Einleitung einer umfassenden Strukturreform, die zur Transparenz des Gesamtsystems führen soll; Unterrichtung der Versicherten über die Aufwandsentwicklung, über die Preise der Leistungen und über die Einkommensentwicklung der Leistungserbringer.

8/ **Gesetzliche Krankenversicherung/** Die gesetzliche Krankenversicherung soll mit dem Ziel reformiert werden, "daß die Aufwendungen für die medizinische Versorgung, soweit diese durch Beiträge aufzubringen sind, von allen Versicherten solidarisch sozial gerecht getragen werden"; die Beitragsunterschiede zwischen den einzelnen Kassen sollen abgebaut werden bei gleichzeitiger Verstärkung der sozialen Selbstverwaltung; die Mitbestimmung der Krankenkassen bei der Planung der medizinischen Versorgung soll gesetzlich geregelt werden; die Position der Krankenkassen bei der Vereinbarung der Preise medizinischer Leistungen und bei der Arzneimittelversorgung soll verstärkt werden und schließlich sollen die Versicherten selbst über ihre Krankenkassen an der kostengünstigen Erstellung der Leistungen unter einer bedarfsgerechten Versorgung im Gesundheitswesen maßgeblich beteiligt werden.

Alle diese Maßnahmen stellen nur einen Ausschnitt aus dem breitgefächerten Programm der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Reform unseres Gesundheitswesens dar. Abschließend zwei Sätze aus ihrem Regierungsprogramm: "Mehr Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen heißt für uns Sozialdemokraten nicht Leistungsabbau, sondern zweckmäßiger und kostenbewußter Mittelereinsatz in allen Krankenhäusern, bei den niedergelassenen Ärzten und beim Arzneimittelverbrauch in partnerschaftlichem Zusammenwirken mit den Trägern der gesetzlichen Krankenversicherung." Und: "Eine Verstaatlichung des Gesundheitswesens lehnen wir ab."

(-/27.9.1976/va/pr)

+ + +

Kohls Kampfansage an die Verbraucher

Fall Heereman beweist: Union ohne jegliche
gesamtwirtschaftliche Verantwortung

Von Lothar Schwartz

Sprecher des Vorstandes der SPD

Die Opposition hat im Bundestagswahlkampf '76 auf keinem Feld der Politik eine Alternative anzubieten, die die Bezeichnung Programm auch nur annähernd verdient hätte. Der nominelle Kanzlerkandidat der CDU/CSU lieferte am Sonntag im Zweiten Deutschen Fernsehen während der Live-Sendung "Wahlkampf heute abend" mit einer Freud'schen Fehlleistung den Beweis dafür, womit die Unions-Parteien die politische Auseinandersetzung bewußt bestreiten wollten und auch konsequent bestritten haben. Dr. Helmut Kohl sprach in Essen von "der ganzen Kraft unserer Propaganda", um sich sofort erschrocken zu berichtigen "... unserer Programme".

Nach diesem unfreiwilligen Eingeständnis, das übrigens die Verfälschung des höchst unsicher gewordenen Kanzlerkandidaten deutlich genug widerspiegelt, muß man das Programmatische im Wahlkampf der CDU/CSU wohl in den Namen ihrer Schattenmannschaft suchen. Da ergibt sich ein aufschlußreiches Bild: Der reaktionäre, antiliberale Dregger als Innenminister, der rechtskonservative deutschnationale Carstens als Außenminister, der für Steuergeschenke an die Unternehmer in Milliardenhöhe eintretende Stoltenberg als Wirtschaftsminister und der im Umgang mit Steuergeldern durch den von ihm zu verantwortenden Kauf der "Starfighter" mit einer Verlustquote von bisher 187 Maschinen (Wert rund 1,8 Milliarden D-Mark) vorbelastete Strauß als Finanzminister. Die sogenannten klassischen Ministerien sind also in der Schattenmannschaft von Kohl vorwiegend für die Rädelführer der rechtskonservativen Reaktion reserviert. Daß sich der in der Opposition allmächtige CSU-Vorsitzende in einem Eventual-Kabinetts Kohl auch als "Bundesaußenkanzler für Wirtschaft und Verteidigung" sieht, kommt erschwerend hinzu.

Nun hat Dr. Kohl dieser Tage eine - wie man staunend vernimmt - letzte Rate für die Zusammensetzung seiner Schattenmannschaft geliefert: Constantin Freiherr Heereman von Zuydtwyck soll Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten werden. Dieser Name ist in der Tat ein Programm, das den

Bürgern in seiner ganzen Tragweite bewußt gemacht werden muß, weil es die Verbraucherfeindlichkeit einer eventuellen CDU/CSU-Regierung in Bonn vorprogrammiert. Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, der ohne jegliche Skrupel und Gefühl für politische Redlichkeit gemei sam mit Dr. Kohl einen Versuch zur Bauernfängerei im wahrsten Sinne des Wortes gestartet hat, muß den Verbrauchern von Nahrungsmitteln als Symbolfigur der extremen und inflationstreibenden Preisforderungen gelten, die der Deutsche Bauernverband und der Zusammenschluß der Bauernverbände in den EG-Ländern (COAF) erhoben und verfochten haben.

Wäre es nach von Heereman gegangen, dann hätten die administrierten Preise für landwirtschaftliche Marktordnungszeugnisse in den EG-Ländern allein in den letzten fünf Wirtschaftsjahren von 1970/71 bis 1975/76 im Durchschnitt um 57,5 vH angehoben werden müssen. Das ist doppelt so viel, wie der Agrar-Ministerrat der EG - nicht zuletzt aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Argumente der Bundesregierung - tatsächlich beschlossen hat.

Es ist eine ironische Formulierung, aber gleichzeitig die bittere Wahrheit, wenn diese personale Weichenstellung Kohls, die ebenso durch- wie kurzwechtig ist, mit der Feststellung kommentiert wird, mit einem Minister von Heereman würde aus dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft ein Ressort zur Ernährung der Landwirtschaft. Konkret kann das auf billigen Stimmenfang angelegte Kombinationspiel Kohl/Heereman nicht anders gedeutet und verstanden werden, als daß die CDU/CSU im Falle einer Rückkehr in die Regierungverantwortung in der Agrarpolitik jede gesamtwirtschaftliche Verantwortung über Bord werfen würde.

Die Leidtragenden dieser unverkennbaren Verfilzung zwischen CDU/CSU und der Spitze des als unabhängig und überparteilich geltenden und von uns bisher immer als neutrale berufeständliche Organisation anerkannten Deutschen Bauernverbandes wären alle Verbraucher, vor allem aber jene einkommensschwachen Bevölkerungsschichten, die - wie beispielsweise die Rentner - bis zu 30 vH ihres Einkommens für Nahrungsmittel ausgeben müssen.

(-/27.9.1976/va/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller